

**Autor:** Norbert Frei  
**Seite:** 5  
**Ressort:** Meinungsseite  
**Ausgabe:** Hauptausgabe

**Mediengattung:** Tageszeitung  
**Auflage:** 124.141 (gedruckt)<sup>1</sup> 137.011 (verkauft)<sup>1</sup>  
 139.960 (verbreitet)<sup>1</sup>  
**Reichweite:** 0,532 (in Mio.)<sup>2</sup>

<sup>1</sup> von PMG gewichtet 07/2021

<sup>2</sup> von PMG gewichtet 07/2021

## Deutschlands Tag

Der 9. November ist zentral für die Geschichte der Republik. Soll man daran nur erinnern, wenn sich die Jahre runden?

Von Norbert Frei

In diesem Jahr sind alle Zahlen krumm: Die Proklamation der Deutschen Republik liegt 103 Jahre zurück, der zweite Versuch ihrer Beseitigung (nach dem Kapp-Putsch vom März 1920) scheiterte vor 98 Jahren an der Münchner Feldherrnhalle, die antijüdischen Pogrome jähren sich zum 83. Mal, und 32 Jahre ist es her, dass in Berlin die Mauer fiel. Kein Grund also, den 9. November besonders in den Blick zu nehmen?

Tatsächlich hat sich in den vergangenen vier Dekaden ein öffentlicher Umgang mit unserer Geschichte entwickelt, der sehr auf runde Jahrestage setzt. Vieles von dem, was wir uns als Erinnerungskultur zugutehalten, ist darauf fixiert. Bei entsprechender Kalenderlage greifen Politik und Medien zeitgeschichtliche Themen gerne auf; fehlt ein solcher Anlass, wird es schnell zäh. Und zwischendurch finden sich an unerwarteter Stelle – also nicht nur bei der AfD, sondern auch im seriösen Journalismus – abschätzigste Bemerkungen, wie man sie zuletzt in den Neunzigern gehört hatte: als deutsche Wirtschaftsführer meinten, mit ihrem Ehrgeiz als „Weltmeister der Vergangenheitsbewältigung“ schade die Bundesrepublik ihren Interessen als Exportnation. Heute heißt es schon mal in der *Zeit*, bezogen auf die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr, ein „überkommenes Verständnis unserer Vergangenheit“ führe zu einem „Kaputte-Panzer-Pazifismus“.

Wer kritische Geschichtsreflexion für Wehrkraftzersetzung hält, der wird sich vermutlich auch nicht von Wolfgang Niess' kürzlich erschienener Darstellung beeindrucken lassen, die durchdekliniert, wie viele gute Gründe es gibt, den 9. November auch jenseits runder Jahrestage im Gedächtnis zu halten. Zu der denkwürdigen Reihe historischer

Ereignisse, die auf den Entstehungstag der ersten deutschen Demokratie 1918 folgte, zählt der Autor und Historiker Niess ganz zu Recht und gegen die Konvention auch Georg Elzers knapp gescheitertes Attentat auf Hitler im Bürgerbräukeller am Vorabend des 9. November 1939. Der aufklärerische Reiz seines Buches aber liegt vor allem darin, dass es durch die Jahrzehnte hindurch den wechselnden Umgang mit dem Tag beleuchtet.

Dabei zeigt sich: Selbst in den politisch und wirtschaftlich einigermaßen stabilen Jahren der Weimarer Republik, also nach dem abgewehrten Hitler-Putsch von 1923, taten sich deren Verteidiger schwer, der demokratischen Revolution und ihrer Errungenschaften zu gedenken. Die Hetze von rechts war zwar etwas weniger laut, doch die Lüge vom „Dolchstoß“ gegen das „im Felde“ angeblich unbesiegte deutsche Heer blieb so präsent wie das mörderische Wort von den „Novemberverbrechern“. Kein Wunder, dass selbst die Sozialdemokraten sich scheuten, für den 9. November als Nationalfeiertag einzutreten.

Hitler hingegen wusste sich des Datums zu bemächtigen. 1926 machte er daraus den „Reichstrauertag“ der NSDAP. Im Dritten Reich wurde die quasi religiöse Inszenierung um die 16 vor der Feldherrnhalle „Gefallenen“ weiter perfektioniert; die Reste zweier Tempel für ihre Sarkophage sind bis heute am Münchner Königsplatz zu besichtigen. Mit dem alljährlichen Ritual um „Blutzeugen“ und „Blutfahne“ hing dann auch der Beginn der sogenannten Reichskristallnacht am 9. November 1938 zusammen: Beim anschließenden abendlichen Treffen der „Alten Kämpfer“ erteilte Joseph Goebbels mit Billigung des „Führers“ Weisung, die antijü-

dischen Gewaltaktionen laufen zu lassen, die seit den tödlichen Schüssen des minderjährigen Herschel Grynszpan auf den Diplomaten Ernst vom Rath in Paris bereits eingesetzt hatten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war es nicht mehr möglich, auf den 9. November 1918 zurückzublicken, ohne die Verbrechen an den Juden mitzudenken, die 1938 zwar nicht erst begonnen, mit den brennenden Synagogen jedoch eine neue Eskalationsstufe erreicht und schließlich in den Holocaust geführt hatten. Allerdings blieb in den ersten Jahren nach 1945 die Erinnerung an die 1918 begründete und 1933 gescheiterte Demokratie so schwach wie das Gedenken an den Völkermord – und letzteres lange eine Sache der Überlebenden.

Erst 1958, zum 20. Jahrestag der Pogrome, schalteten sich die Medien in größerem Umfang ein, und die politischen Spitzen der Republik bekundeten ihre Anteilnahme. Bundespräsident Theodor Heuss schrieb an den Zentralrat der Juden: „Dieses Tages zu gedenken, ist sonderliche Pflicht in einem Zeitpunkt, da die Zahl derer wächst, die sich in die Annehmlichkeit des Vergessen-Wollens flüchten möchten oder bereits geflohen sind.“

Heuss sollte recht behalten. Bis zu einer breiten, von der Gesellschaft getragenen Vergegenwärtigung der deutschen Verbrechen an den Juden war es noch ein langer, mit Rückschlägen und vergangenheitspolitischen Skandalen gepflasterter Weg. Der November 1988 markierte in diesem Sinne einen Einschnitt, und zwar nicht nur angesichts der Erregung über die rhetorisch misslungene Rede von Bundestagspräsident Philipp Jenninger: Ein halbes Jahrhundert nach den Terrortagen und -nächten brachte Heinz Galinski, Vorsitzender des Zentralrats der Juden, Politi-

ker aus West- und Ostdeutschland bei Gedenkveranstaltungen in Frankfurt am Main und Ostberlin zusammen. Doch Galinskis Vorschlag, einen gemeinsamen deutsch-deutschen Gedenktag einzuführen, verhalte.

Die glückliche Zäsur des 9. November 1989 erhöhte die Komplexität des Tages weiter. Ergebnis der Debatte um das richtige Datum eines Feiertags für das vereinte Deutschland war der Verwaltungskompromiss des 3. Oktober.

Inzwischen haben sich die meisten Bedenken, die 1990 gegen den 9. November als Nationalfeiertag geltend gemacht worden waren, ebenso erledigt wie die Dringlichkeit der damaligen Forderungen danach. Unerledigt, nein: unabschließbar aber ist die Aufgabe, die politischen Zusammenhänge im Gedächtnis unserer Gesellschaft zu halten, die dieses Datum wie kein anderes in der deutschen Geschichte verkörpert. Am 9. November lässt sich lernen, wie

Demokratien begründet und wie sie zerstört werden können – und was riskiert, wer ihre Verächter gewähren lässt.

**Die Erinnerung an den Völkermord war lange Sache der Überlebenden**

*Norbert Frei ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte in Jena. Seine Kolumne erscheint alle vier Wochen an dieser Stelle.*

**Wörter:**

868

**Urheberinformation:**

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München